

gesetzgeberische Maßnahmen die Not der Zeit und das menschliche Elend sich aus der Welt schaffen lassen; aber Ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken und durch organische* Einrichtungen die 5 Betätigung der auf dem Boden des Christentums erwachsenen Nächstenliebe als eine Pflicht der staatlichen Gesamtheit zur Anerkennung zu bringen. Die Schwierigkeiten, welche sich einer auf staatliches Gebot gestützten durchgreifenden Versicherung aller Arbeiter gegen die Gefahren des Alters und der Invalidität* entgegenstellen, sind groß, aber mit Gottes Hilfe nicht unüberwindlich. Als die Frucht umfänglicher Vorarbeiten wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher einen gangbaren Weg zur Erreichung dieses Zieles in Vorschlag bringt. 15

Thronrede bei Eröffnung des Reichstages am 8. Dezember 1894:

Getreu den Überlieferungen der Vorfahren betrachten Meine hohen Verbündeten und Ich es als die vornehmste Aufgabe des Staates, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen und ihnen zu einer höheren wirtschaftlichen und sittlichen Entwicklung zu verhelfen. Die Pflicht, dieses Ziel 20 mit allen Kräften anzustreben, wird um so zwingender, je ernster und schwieriger der Kampf um das Dasein für einzelne Gruppen der Nation sich gestaltet hat. Von der Überzeugung getragen, daß es der Staatsgewalt obliegt, gegenüber den streitenden Interessen* der verschiedenen Elemente* das 25 Gesamtinteresse des Gemeinwesens und die Grundsätze der ausgleichenden Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen, werden die Verbündeten Regierungen fortfahren in dem Bestreben, durch Milderung der wirtschaftlichen und sozialen* Gegensätze das Gefühl der Zufriedenheit und der Zusammengehörigkeit 30 im Volke zu erhalten und zu fördern.

3. Der Kaiser und der Reichsgedanke.

Rede an die Mitglieder des Reichstages am 18. Januar 1896 im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin:

Von dem Bewußtsein getragen, daß es berufen sei, niemandem zuliebe und niemandem zuleide im Rate der Völker seine Stimme zugunsten des Friedens zu erheben, hat das